



Streiflichter der Geschichte Freitals in der Zeit der SBZ/DDR

Axel Rührich

Am 8. Mai 1945 besiegelte der Einmarsch der Roten Armee das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Freital. Der Stadtrat Martin Scheibner, der die Amtsgeschäfte des inhaftierten Stadtverordneten Franz Baumgarten vertretungsweise führte, ging den Sowjetsoldaten mit weißer Fahne entgegen und übergab die Stadt kampfflos. Der Offizier der sowjetischen Truppe bestätigte Scheibner in der Ausübung seiner Amtsgeschäfte und verwies für weitere Belange an den ihm nachfolgenden sowjetischen Stadtkommandanten. Am Tag darauf übernahm der aus der Haft entlassene Franz Baumgarten die Oberbürgermeistergeschäfte, und Stadtrat Scheibner wurde sein Stellvertreter.

Die sowjetischen Besatzer übertrugen damit die städtische Verwaltung in bewährte Hände. Baumgarten und Scheibner waren bereits seit der Gründung der Stadt als Dezernenten in der Stadtverwaltung tätig und schon 1933 hatten die Nationalsozialisten die Rathausgeschäfte diesen beiden erfahrenen Männern anvertraut. Das überwiegend noch aus der Zeit der Weimarer Republik sozialdemokratisch geprägte Personal der Stadtverwaltung konnte zunächst in seinen Ämtern weiterarbeiten. Die Stadtkommandantur

der sowjetischen Besatzungsmacht befand sich zuerst im sogenannten Steuerhaus in Döhlen, zog aber schon wenig später in das Gebäude der Ortskrankenkasse Freital nahe dem Neumarkt um. Am 11. Mai 1945 wandte sich der Freitaler Oberbürgermeister Baumgarten im Auftrag der sowjetischen Besatzer mit einem Aufruf an die Bevölkerung. Aus diesem Aufruf geht hervor, dass die Stadtkommandantur darum bemüht war, die öffentliche Ordnung und eine Normalisierung des Lebens zu gewährleisten. Wesentliche Punkte des Aufrufs betrafen die Öffnung der Verkaufsstellen zur Versorgung der Bevölkerung, die Nutzung von Brachflächen zum Feldbau, die Arbeitsaufnahme in allen Betrieben (ausgenommen die Rüstungsproduktion), die Beseitigung von Schäden an Gebäuden, Straßen und Wegen, die Inbetriebnahme der öffentlichen Verkehrsmittel, die Ablieferung von Waffen und Radioapparaten sowie die Erfassung aller männlichen Einwohner ab 16 Jahren und aller Lagerbestände der Betriebe. Eine tägliche Ausgangssperre wurde für die Zeit von 22:00 bis 5:00 Uhr erlassen.

Eines der vordringlichsten Probleme der unmittelbaren Nachkriegsmonate war die Versorgung

Demonstration in Freital
anlässlich des 20. Jahrestages
der Gründung der DDR 1969
Städtische Sammlungen
Freital, Archiv,
Foto: Günter Reichart

Weiterführende Literatur zu Freital in den Jahren 1945 bis 1989:

Franz Walter: Das „Rote Wien Sachsens“, in: Franz Walter/Tobias Dürr/Klaus Schmidtke: Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora: Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Bonn 1993, S. 39-181; Rolf Günther/Juliane Puls/Wolfgang Vogel: Freital – auf dem Weg zur Großen Kreisstadt, in: Städtische Sammlungen Freital, München 2003, S. 112-125. Verwendet wurde außerdem das Archiv der Städtischen Sammlungen Freital.

Im Auftrage der Befatzungsmacht ergeht folgender

Auf ruf!

An die Bevölkerung

Ruhe und Ordnung

1. Um die Leiden des Krieges zu beenden, ist unbedingte Ruhe und strengste Ordnung im öffentlichen wie im privaten Leben erforderlich. Die Bevölkerung wird angewiesen, sich bei Vermeidung strengster Strafen jeder Ausschreitung zu enthalten und die erlassenen und noch zu erlassenden Bestimmungen über das öffentliche Leben aufs strengste zu beachten. Zuwiderhandlungen sind unbedingte der Ortskommandantur oder den Polizeistellen zu melden bzw. sind die Zuwiderhandelnden diesen sofort zuzuführen.

Ernährung

2. Im Interesse der Ernährung und Versorgung der Bevölkerung sind ab sofort sämtliche Verkaufsstellen zu öffnen. Die vorhandenen Bestände sind festzustellen und die Waren unter Berücksichtigung der bestehenden Zwangswirtschaftsbestimmungen abzugeben. Eine Abgabe ohne Marken ist strafbar.

Sozialversicherungen

3. Die Sozialversicherungen bleiben in ihrer bisherigen Form bestehen.

Selbstbestellung

4. Um die Versorgung sicherzustellen, müssen alle vorhandenen anbaufähigen Flächen restlos ausgenutzt werden. Noch brachliegende Flächen sind unverzüglich der Stadtverwaltung (Grundstücksamt) zu melden. Die Landwirte werden angewiesen, ihre Betriebe in rationalster Weise zu führen; sie werden in dieser Hinsicht überwacht werden.

Bestandsaufnahme

5. Alle Fabriken, Verarbeitungsbetriebe, Mühlen usw. haben ihre Lagerbestände sofort aufzunehmen und das Verzeichnis dieser der Stadtverwaltung einzureichen.

Arbeitsaufnahme

6. In allen Betrieben ist die friedensmäßige Produktion, soweit es die Betriebsverhältnisse gestatten, sofort aufzunehmen. Soweit eine Arbeitsaufnahme nicht möglich ist, ist Meldung zu erstatten. Die Betriebsleitung ist dafür verantwortlich, daß in den Betrieben keinerlei Zerstörungen oder Sabotageakte stattfinden und alle notwendigen Unterhaltungsarbeiten sorgfältig durchgeführt werden.

Störungsbeseitigung

7. Die Beseitigung der durch Kriegsschäden entstandenen Zerstörungen an Häusern, Geschäften, Fabriken [und] Einrichtungen ist sofort in die Wege zu leiten. Für bautechnische Fragen stehen die technischen Stellen der Stadtverwaltung zur Verfügung.

Hausverwalter

8. Für jedes bebaute Grundstück muß ein verantwortlicher Hausverwalter bestellt sein.

Waffenabgabe

9. Waffen, die sich im Besitz von Einzelpersonen befinden oder deren Lagerplatz sonst bekannt ist, sind innerhalb 3 Tagen im städtischen Bauhof zu melden. Ausgenommen hiervon sind Luftgewehre und Schrotflinten ohne Kugellaut, die sich im Besitze Jagdberechtigter befinden.

Radioapparate

10. Sämtliche Radioapparate sowohl von Einzelpersonen wie von Firmen und Gemeinschaftseinrichtungen sind restlos innerhalb 3 Tagen bei der Ortskommandantur abzuliefern. Jeder Apparat ist mit einem Zettel zu versehen, der den Namen und die Anschrift des Verfügungsberechtigten trägt.

Öffentl. Verkehr

10. Die öffentlichen Verkehrsmittel werden umgehend wieder in Betrieb genommen, um der Bevölkerung das Aufsuchen der Arbeitsstellen zu erleichtern. Die Straßen und Fußwege sind sofort von den Anliegern in sauberem verkehrsmäßigem Zustand zu versetzen.

Erfassung

11. Sämtliche männlichen Einwohner von 16 Jahren an haben sich zur Erlässung bei der Ortskommandantur persönlich mit sämtlichen Personalpapieren in der Zeit von 7—19 Uhr zu melden.

Es werden erfaßt am 12. Mai die Ortsteile Potschappel, Nieder-Pesterwitz, Birkigt, 13. Mai die Ortsteile Döhlen, Burgk, Zauckerode, 14. Mai die Ortsteile Deuben, Niederhäslich.

Die Ortskommandantur persönlich im Steuerhaus — Stadttell Döhlen —.

Sperrezeit

12. Das Betreten der Straße zwischen 22—5 Uhr ist nur mit amtl. Ausweis gestattet.

Die Zivilbevölkerung wird aufgefordert, mitzuhelfen, daß auch die letzten Reste des faschistischen Systems mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.

Freital, den 11. Mai 1945

Der Oberbürgermeister

Auf dem Windberg erfolgte die Rodung größerer Waldflächen zur Brennholzbeschaffung und zur Ackerlandgewinnung. Eigentümer von Brachflächen waren zur Meldung an die Stadtverwaltung verpflichtet, die diese wiederum an die Nutzer zum Gemüseanbau verteilte. In ihrer Not nutzten die Bewohner Freital's auch die Uferbereiche und Auen der Weißeritz zum Gartenbau, was die Stadtverwaltung jedoch aus Sicherheitsgründen untersagte.

Eine wesentliche Grundlage für ein funktionierendes Gesellschaftsleben bildete die Wiederherstellung der beschädigten Verkehrsverbindungen. Als erster Abschnitt des gesamten Netzes der Dresdner Straßenbahn AG konnte am 12. Mai 1945 der Betrieb zwischen Hainsberg und Dresden-Planettastraße (heute Fritz-Schulze-Straße) wieder aufgenommen werden. Am 15. Juni 1945 ging der Eisenbahnverkehr auf den Strecken Hainsberg – Kipsdorf, Birkigt – Possendorf und Freital – Wildruff wieder in Betrieb, und erst am 31. Juli 1945 erfolgte der reguläre Eisenbahnbetrieb auf der Strecke Dresden – Tharandt. Auch der Postverkehr war Anfang Mai 1945 zum Erliegen gekommen. Am 12. Mai begannen die Arbeiten zur Wiedereinrichtung der Post, und am 15. Mai konnten die ersten Postsendungen zugestellt werden, wobei für den privaten Postverkehr zunächst nur offene Postkarten zulässig waren.

Am 19. August 1945 übernahm der Sozialdemokrat Arno Hennig (1897–1963) das Oberbürgermeisteramt der Stadt Freital. Zum stellvertretenden Bürgermeister wurde der bisherige Amtsinhaber Franz Baumgarten ernannt, der die Abteilungen Finanzen, Steuern, Bauwesen, Ernährung und Wirtschaft leitete. Wilhelm Thiel war als Leiter für die Polizei verantwortlich, Stadtrat Paul Genau für Wohlfahrt und Wirtschaft, Stadtrat Erich Lewinsohn für Personal, Wohnungen und Versicherungen sowie Stadtrat Karl Wenk (1887–1985) für Schulen, Kultur, Jugend, Gesundheit und Sport.

Die ersten Nachkriegsjahre standen im Zeichen des Wiederaufbaus der zerstörten Gebäude und der Wirtschaft. Vor besondere Herausforderungen waren die Einwohner Freital's beim Wiederaufbau der Wirtschaft gestellt, da 90 Prozent der Freitaler Betriebe Verluste durch Demontagen zu verzeichnen hatten. Die Demontagen – Abbau von Fabriken und Abtransport dieser in die Sowjetunion – erfolgten vor allem in den Monaten Mai bis November 1945. Die Sächsischen Gußstahlwerke Freital-Döhlen, denen als Rüstungsbetrieb des Flick-Konzerns eine große Schuld an den NS-Verbrechen zukam, wurden bis auf die Grundmauern abgetragen. Von den Demontagen betroffen waren weiterhin die Feilenfabrik Mehlhose, die Mechanische Werkstätten Vogler, die Mühlenbau Gebrüder Bühler GmbH, die Sächsische Armaturenfabrik Michalk & Sohn, die Maschinenfabriken Friedrich Müller, J. S. Petzholdt und Scheumann & Wolf, das Naxos-Schmirlgelwerk Georg Voss & Co.,

Aufruf des Oberbürgermeisters an die Freitaler Bevölkerung vom 11. Mai 1945
Städtische Sammlungen Freital, Archiv

der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Eingeschränkter Güterverkehr und allgemeine Knappheit erschwerten die Beschaffung. Wie bereits während der Kriegsjahre erfolgte die Verteilung der Grundbedarfsgüter auf Grundlage von Lebensmittelkarten und Bezugsscheinen. Die Stadtverwaltung rief die Bevölkerung dazu auf, ungenutzte Flächen in Gartenland umzubauen. So wurde zum Beispiel 1946 der Sportplatz in der Rudeltstraße in eine Gartenanlage umgewandelt.

das Voltolwerk in Birkigt, die Schokoladenfabrik Gebrüder Bindler sowie die Maschinen- und Glasformenfabrik Wilhelm Kutzscher.

Die Aufbauarbeiten sowohl der Wohngebäude als auch der Betriebe wurden durch Freiwilligeneinsätze der Freitaler Bevölkerung wesentlich unterstützt. Private Werkzeuge und Maschinen halfen bei der Fertigung der ersten Nachkriegsprodukte. Die Materialknappheit zwang die Stadtverwaltung zur Vergabe von Dringlichkeitsstufen bei den privaten Bauvorhaben. Der Verkauf von Baumaterial war nur an Bauherren erlaubt, deren Bauvorhaben eine entsprechende Einordnung in eine hohe Dringlichkeitsstufe hatten.

Beim Wiederaufbau von Freital sollten alle Einwohner helfen. Auf Anweisung des Stadtrats wurde deshalb die sogenannte „Kommandohaft“ eingeführt. Männliche Personen im arbeitspflichtigen Alter sollten festgenommen werden, wenn sie nicht über einen Personalausweis mit Arbeitskarte beziehungsweise Arbeitsbefreiungskarte oder ärztliches Befreiungszeugnis verfügten. Auch Inhabern von Scheinfirmen und Scheinarbeitern drohte die Festnahme. Für die Festgenommenen war der Einsatz in Arbeitskommandos für vier bis sechs Wochen bei einer täglichen Arbeitszeit von mindestens zehn Stunden und Arbeit auch am Sonntag zum Wiederaufbau vorgesehen. Für die Unterbringung der Inhaftierten stand eine Baracke auf dem Gelände der Ziegelei an der Burgwartstraße zur Verfügung. Ausdrücklich betonte der Stadtrat, dass „die Kommandohaft nichts mit einem Konzentrationslager oder einer ähnlichen Einrichtung der Nazis zu tun hat. Der Häftling soll durch die Kommandohaft an die Pflicht zum Wiederaufbau erinnert werden, falls er von sich selbst aus die Kraft nicht findet, mit Hand anzulegen.“¹ Bis Mitte des Jahres 1946 waren von den 2.500 zerstörten Wohnungen in Freital-Birkigt und Freital-Potschappel bereits 1.500 wiederhergestellt. Das Freitaler Glaswerk hatte seine Produktion bereits im November 1945 um die Herstellung von Fensterglas erweitert, um die hohe Nachfrage beim Wiederaufbau zu decken.

Eine Aufgabe, der die sowjetische Stadtkommandantur und die Stadtverwaltung Freitals nachkommen mussten, war die Entnazifizierung und Entmilitarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Die meisten führenden Nationalsozialisten waren in den letzten Kriegstagen aus Freital geflohen, andere wurden nach Kriegsende verhaftet und verurteilt. Gemäß Anordnung vom 29. September 1945 hatten alle Bibliotheken, Buchhandlungen, Verlage und Privatpersonen alle Bücher, Zeitschriften mit nationalsozialistischem oder rassistischem Inhalt sowie Kriegsliteratur bis zum 1. Oktober in der Ortskommandantur abzugeben. Am 13. Oktober meldete der „Anzeigenbote der Stadt Freital“, dass die Städtische Bücherei „von aller faschistischer Literatur gereinigt“ und dabei

2.000 Bücher „ausgemerzt“² worden waren. Als Teil der Entnazifizierungsmaßnahmen erfolgte im Oktober die Auflösung aller Vereine der Stadt. Für ein Fortbestehen bzw. die Neugründung von Vereinen war eine erneute Anmeldung bei der Stadtverwaltung notwendig. Unter den Nationalsozialisten ideologisch benannte Straßen und Plätze erhielten neue Namen. Spezielle Richtlinien galten bei der Erfassung und Vergabe von Wohnraum für die Wohnungen der ehemaligen Mitglieder der NSDAP. Im November 1945 erfolgte eine umfassende Überprüfung der Freitaler Händler, Handwerker und leitenden Angestellten in Bezug auf ihre nationalsozialistische Voreinstellung. Am 17. September 1945 beschloss die Landesverwaltung Sachsen die Einführung eines landesweiten Gedenktages für die Opfer des Faschismus am 29. September und ordnete für diesen Tag Arbeitsruhe an. In Freital veranstaltete der Block der antifaschistischen demokratischen Parteien an diesem Tag eine Großkundgebung auf dem Sportplatz am Windberg, an der tausende Freitaler teilnahmen. Auf Anordnung der Landesverwaltung erfolgte Ende Oktober 1945 die Enteignung sämtlicher „Vermögenswerte des auf der Kriegsverbrecherliste stehenden Kriegswirtschaftsführers Flick“.³ In Freital betraf diese Anordnung die Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen. Für die während der Zwangsarbeit in den Freitaler Betrieben ums Leben gekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen wurde 1949 ein Ehrenhain auf dem Friedhof in Freital-Deuben geschaffen. Zu Ehren der „Opfer des Faschismus“ errichtete man 1958 ein Mahnmal auf dem Platz des Friedens.

Beim Volksentscheid zum Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes am 30. Juni 1946 stimmten 85,62 Prozent der Freitaler Wähler mit Ja und damit acht Prozent mehr als im gesamten Sachsen. Ein neues Stadtwappen, welches das von nationalsozialistischem Heroismus geprägte Stadtwappen von 1938 ablöste, fand in den amtlichen Mitteilungen der Stadt seit Mitte November 1945 Verwendung. Es wurde am 30. November 1945 von der Landesverwaltung rückwirkend genehmigt. Das Stadtwappen nach einem Entwurf des Deubener Grafikers Kurt Beer zeigt ein vierteiliges Schild. Die vier Felder sind rot oder gold gefärbt. Im linken oberen Feld befindet sich ein goldenes Zahnrad auf rotem Grund und oben rechts eine schwarze Fichte auf goldenem Grund. Das untere linke Feld zeigt eine schwarze Kornähre auf goldenem und das rechte untere Feld goldene gekreuzte Schlägel und Eisen auf rotem Grund. Die Darstellungen symbolisieren die wichtigsten Gewerbebereiche der Stadt – die Schwerindustrie, die Forst- und Landwirtschaft und den Bergbau.

Im Zuge der Bodenreform wurden die Rittergüter Döhlen, Burgk und Zauckerode enteignet. In Döhlen und Zauckerode entstanden auf diesen Grundstücken kleinere Neubauerngüter, während

- 1 Anzeigenbote der Stadt Freital vom 6. Oktober 1945.
- 2 Anzeigenbote der Stadt Freital vom 13. Oktober 1945.
- 3 Andreas Thüsing (Hrsg.): Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen. Die Protokolle der Sitzungen vom 9. Juli 1945 bis 10. Dezember 1946, Göttingen 2010, S. 209.



Wappen der Stadt Freital, Entwurf von Kurt Beer, 1946
Städtische Sammlungen Freital, Archiv



Abgabe von Kohlenschlamm von der Halde des Oppelschachtes an die Freitaler Bevölkerung, 1946
Städtische Sammlungen Freital, Archiv

die landwirtschaftliche Fläche des Stadtgutes Burgk verpachtet wurde und zukünftig auch für Siedlungszwecke zur Verfügung stehen sollte.

Im Oktober 1945 erfolgte in Dresden die Gründung der Volkssolidarität als Hilfswerk für die Unterstützung der am schwersten unter den Folgen des Krieges leidenden Menschen, wie Kinder, Alte, Vertriebene und heimkehrende Kriegsgefangene. Bei der ersten Sitzung des Freitaler Hauptausschusses der Volkssolidarität am 5. November 1945 wurde Hellmuth Heinz (1904–1994) zum Leiter des Sekretariats und damit zum Leiter der gesamten Aktion „Volkssolidarität“ in Freital ernannt. Die Volkssolidarität organisierte ihre Hilfen vor allem durch Spendensammlungen in Betrieben und der städtischen Verwaltung. Auch der Erlös kultureller Veranstaltungen floss häufig dem Hilfswerk zu. Unter den Freitaler Unternehmen, die die Volkssolidarität von Beginn an besonders unterstützten, finden sich die damals noch privatwirtschaftlichen Betriebe Rumbo-Seifenwerke, Eger-Mühle und Kammgarnspinnerei Coßmannsdorf. Die Volkssolidarität entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einem wichtigen Pfeiler der Wohlfahrtsarbeit in der DDR und gewann auch in Freital besondere Bedeutung für die Pflege älterer Menschen.

Eine weitere Herausforderung der unmittelbaren Nachkriegszeit stellte die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Brennstoff dar. Mehrfach erfolgten Aufrufe der Stadtverwaltung, die Wälder der Umgebung vor illegaler Abholzung zu schützen. Nicht nur die Freitaler Industrie, sondern auch die Privathaushalte nutzten die Steinkohle und ihre Produkte als Brennstoff. Die Aktiengesellschaft Sächsische Werke förderte im Carolaschacht in Döhlen und in der Schachanlage Niederhermsdorf Steinkohle vor allem für die heimische und auswärtige Industrie sowie für die Gaserzeugung. Um der Freitaler Bevölkerung, den Gewerbetreibenden, Schulen, Ärzten und

Krankenanstalten Brennstoff zur Verfügung stellen zu können, ließ die Stadt den Steinkohlenbergbau im Unteren Revier in Freital-Burgk durch die Firma Karl Baumann wieder in Betrieb nehmen. Nach schwierigen Vorbereitungsmaßnahmen konnte am 11. September 1945 die erste Kohle gefördert werden. Der kontinuierliche Ausbau des Bergbaubetriebes ermöglichte eine rasche Steigerung der Förderzahlen. Während die Steinkohlenförderung im November 1945 lediglich zehn Tonnen betrug, lag sie in den Monaten Juli und August 1946 bereits bei jeweils über 2.000 Tonnen.

In den Wintermonaten 1945/46 machte sich der Brennstoffmangel besonders bemerkbar. Im Januar 1946 stellte die Stadtverwaltung fest, dass es nicht möglich war, den 17.500 Freitaler Haushalten monatlich die geringe Menge von einem Zentner Brennstoff zuzuteilen. Der Rat der Stadt erwog deshalb die Einrichtung von Wärmestuben in den einzelnen Stadtteilen. Den Bergarbeitern, die unter schwierigsten Arbeitsbedingungen Steinkohle förderten und durch Sonntags- und Feiertagsschichten die Versorgung der städtischen Einrichtung und der Bevölkerung gewährleisteten, übergab die Freitaler Volkssolidarität im Februar 1946 eine Spende mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs. Zu Beginn des Jahres 1946 wurden in Zuckerode Versuche durchgeführt, den Kohlenschlamm auf der Halde des ehemaligen Oppelschachts für Hausbrandzwecke nutzbar zu machen. Das positive Ergebnis dieser Versuche führte zu einem geregelten Abbau des Kohlenschlammes und der kontingentierte Abgabe an die Freitaler Bevölkerung.

Im Dezember 1945 wohnten noch 76 aus den Ostgebieten vertriebene Familien im städtischen Bauhof und im „Deutschen Haus“. Die Wohnungsnot war ein fortwährendes Problem der Nachkriegsjahre. Die unzureichenden hygienischen Zustände in den Notunterkünften und die allgemein schlechte Versorgungslage erhöhten die Gefahr von Epidemien. Um die Verbreitung von Typhuserkrankungen zu verhindern, erfolgte zu Beginn des Jahres 1946 eine Impfung der gesamten Bevölkerung Freitals. Die ansässigen Ärzte leisteten diese Arbeit von mehr als 70.000 Einspritzungen innerhalb von drei Wochen kostenlos. Zur Verhinderung der Ausbreitung des Fleckfiebers mussten „alle in das Bundesland Sachsen einreisenden ehemaligen Kriegsgefangenen und Umsiedler“ in eine fünfzehntägige Quarantäne.

Der Schulbetrieb wurde in Freital, soweit es die Umstände zuließen, im Sommer 1945 wieder aufgenommen. In der zweiten Oktoberwoche 1945 wurde auch die Freitaler Volksschule nach jahrelanger Schließung wiedereröffnet. Über die Lehrveranstaltungen der Schule informierten der städtische Anzeigenbote und ein gedruckter Lehrplan. Die mangelnde Brennstoffversorgung der unmittelbaren Nachkriegsjahre führte zu einem eingeschränkten Schulbetrieb in den Wintermonaten. Erst im Winterhalbjahr 1948/49

konnte für die Freitaler Schulen erstmals seit Kriegsende ein Kohlekontingent gesichert und damit ein geregelter Schulunterricht in der kalten Jahreszeit ermöglicht werden.

Nachdem die Sowjetische Militäradministration Anfang Juni 1945 die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Wiedergründung antifaschistischer Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone geschaffen hatte, gründeten sich im Sommer diesen Jahres die vier Parteien des sogenannten „antifaschistisch-demokratischen Blocks“: die KPD, die SPD, die CDU und die LDP. Hinzu kamen als Parteien 1948 noch die DBD und die NDPD. Anknüpfend an die sozialdemokratischen Erfolge der Weimarer Republik, veranstaltete die sächsische SPD ihren Landesparteitag am 7. Oktober 1945 in Freital. Über den städtischen Anzeigenboten wurde die Freitaler Bevölkerung aufgerufen, „während der Tagungszeit zu Flaggen“.⁴ Es schien zunächst auch so, als ob die SPD ihre traditionelle Vormachtstellung in Freital wiedererringen würde. Die auf Drängen der sowjetischen Besatzungsbehörden vollzogene Zwangsvereinigung der KPD mit der SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im April 1946 ließ die Hoffnungen auf eine Erneuerung der sozialdemokratischen Stadt Freital jedoch schwinden. Oberbürgermeister Arno Hennig, der sich gegen die Zwangsvereinigung mit der KPD aussprach, wurde 1946 abgesetzt und flüchtete nach Westdeutschland. Von 1953 bis 1959 war er Minister für Erziehung und Bildung in Hessen.

Zur Kommunalwahl am 1. September 1946 traten neben der SED auch die bürgerlichen Parteien LDPD und CDU an. Im Ergebnis dieser Wahl entfielen von den 40 zu besetzenden Gemeindevertreterstellen 25 auf die SED, acht auf die LDPD und sieben auf die CDU. Die SED erreichte bei dieser Wahl in Freital mit 62 Prozent den mit Abstand höchsten Wahlerfolg aller sächsischen Stadtkreise. Das Wahlergebnis war sicherlich auch auf die sozialdemokratische Tradition der Stadt zurückzuführen. Neuer Oberbürgermeister der Stadt Freital wurde der frühere Sozialdemokrat Karl Wenk. Die kommunistischen Mitglieder der SED versuchten in der Folgezeit mit wachsendem Erfolg, den sozialdemokratischen Einfluss in der Partei zurückzudrängen. Die Politik der SED blieb nach dieser Wahl bis zu den Wendejahren 1989/90 bestimmend für das gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Leben der Stadt.

Anlässlich des 25. Stadtjubiläums von Freital fand auf Anregung des FDGB vom 2. bis 20. Oktober 1946 eine Ausstellung unter dem Titel „Freitaler Wirtschaftsschau 1946“ in der Werkshalle des Eisenhammers statt. Im Fokus der Ausstellung standen die Fortschritte beim Wiederaufbau der Wirtschaft nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft und nach der Demontage der meisten wichtigen Betriebe. Neben den wichtigsten Industriebetrieben beteiligten sich auch Handwerker und Handelsunternehmen an der Ausstellung. Die Einnahmen aus den

Eintrittsgeldern der über 12.200 Besucher und dem Verkauf des Ausstellungskataloges erbrachten einen Erlös von 1.629,21 Reichsmark, der zur Unterstützung der Wohlfahrt und Kultur der Stadt verwendet wurde. Ihr 25-jähriges Gründungsjubiläum beging die Stadt mit einer Festwoche vom 1. bis 6. Oktober mit zahlreichen kulturellen Veranstaltungen.

Am 27. Oktober 1946 fand im Lichtspielhaus Capitol, dem späteren Maxim-Gorki-Kino, die Gründungsversammlung der Gewerkschaft 17 „Kunst und Schrifttum“ für Freital statt. Das Kulturleben hatte in Freital schon im Jahr 1945 einen Aufschwung erlebt. Bereits im Juli und August 1945 veranstaltete Freital die erste Kunstausstellung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Unter der Leitung des Stadtrats Karl Wenk fand diese in der Gewerbeschule in Deuben statt. Ab August desselben Jahres wurden unter städtischer Regie wieder regelmäßige Theatervorstellungen veranstaltet. Die Stadtverwaltung baute dafür den Saal des Hotels „Goldener Löwe“ zum „Schauspielhaus im Plauenschen Grund“ um. Diese neue Spielstätte diente in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch den ausgebombten Dresdner Theatern als Veranstaltungsort. Die Lichtspielhäuser Freitals wurden im Oktober 1945 in städtische Regie übernommen und boten den Freitalern ein regelmäßiges Programm. Das seit 1939 wegen Raummangel geschlossene Heimatmuseum fand nach dem Krieg seine Unterbringung im enteigneten Schloss Burgk. Im Mai 1946 konnte es unter dem Namen „Haus der Heimat“ in den neuen Räumen wiedereröffnet werden. Regelmäßig durchgeführte Sonderausstellungen boten den Besuchern ein abwechslungsreiches Programm. Ein wichtiges Ereignis für das Kulturleben der Stadt war 1947 die Gründung des Freitaler Ortsvereins des Kulturbundes, in dem sich unter anderem die Fachgruppen Esperanto, Astronomie, Aquaristik, Fotografie, Geologie, Ornithologie und Philatelie etablierten. Ebenfalls im Jahr 1947 zerstörte ein schweres Brandunglück die Gaststätte „Döhlener Hof“. Der Wiederaufbau des Gebäudes erfolgte 1951 als städtisches Kulturhaus, das sich in der Folgezeit zu einem wesentlichen kulturellen Zentrum Freitals entwickelte. Die Gründung der (Volks-) Musikschule Freital als Filialstelle der Musikschule Dresden erfolgte am 1. Oktober 1950. Unter dem Leiter Walter Friebe wurde sie ein fester Bestandteil des städtischen Kulturlebens und erhielt 1956 den Status einer eigenen Hauptstelle. Unter den Dozenten der Schule fand sich ab 1955 auch der Komponist Erich Mitzscherlich (1906–1985) aus Wurgwitz, der 1966 den Martin-Andersen-Nexö-Kunstpreis der Stadt Dresden erhielt. Das Kreismuseum „Haus der Heimat“ im Schloss Burgk veranstaltete jährlich mindestens vier Sonderausstellungen und konnte so im Jahr 1966 bereits die 100. Sonderschau präsentieren.

Auch der Sport eroberte nach dem Ende des Krieges schnell wieder einen festen Platz im



Arno Hennig, 1945
Städtische Sammlungen Freital

4 Anzeigenbote der Stadt Freital vom 6. Oktober 1945.

Gesellschaftsleben Freital's. Das erste Fußballspiel fand 1945 zwischen zwei extra zusammengestellten Mannschaften vom Raschelberg und aus Birkigt statt. Boxen, Gewichtheben und Turnen waren neben dem Fußball die Sportarten mit der größten Breitenwirkung in den unmittelbaren Nachkriegsjahren. Ende der 1940er Jahre gründeten sich die ersten Betriebssportgemeinschaften (BSG) in den Freitaler Betrieben. In den Betriebssportgemeinschaften fanden sich zum Beispiel die Fußballer, Boxer, Leichtathleten, Schachspieler, Volleyballer, Kegler, Tischtennispieler, Judokas, Wanderer und Bergsteiger in jeweiligen Sektionen zusammen. Die erfolgreichste Freitaler Fußballmannschaft stellte zur DDR-Zeit die Betriebssportgemeinschaft des Stahlwerks. Unter dem Namen BSG Stahl Freital spielte die Mannschaft meist in der Bezirksliga Dresden und gewann 1962 den Bezirkspokal. Ebenfalls beim Stahlwerk fanden sich nach dem Krieg die Turner des Freitaler Arbeiter Turn- und Sportvereins in der Betriebssportgemeinschaft wieder zusammen. Im Jahr 1966 zählte die Sektion Turnen der BSG Stahl Freital über 560 Mitglieder. Die Judokas der BSG Wismut Freital gewannen 1953 und 1954 den DDR-Meistertitel. Vier Weltmeistertitel im Turnierangeln errang um 1970 der Freitaler Karl Heinz Fleischmann. Einen festen Platz im Freitaler Sportgeschehen nahm der jährlich stattfindende Crosslauf „Rund um den Windberg“ ein, der am 14. Oktober 1951 zum ersten Mal veranstaltet wurde und bis heute Bestand hat.

Im Sommer 1947 fand ein geologischer Erkundungstrupp unter der Leitung der russischen Geologin Sinaida Alexandrowna Nekrassowa uranhaltige Steinkohlen auf den Halden der Schächte 1 und 2 in Freital-Burgk. In der Folge wurde das bisher für die Brennstoffversorgung der Freitaler Einwohner unter städtischer Regie betriebene Grubenfeld des Unteren Reviers in Burgk mit allem technischen Inventar und mit dem Personal für die Urangewinnung durch die Sowjetische Aktiengesellschaft Wismut re-

quiriert. Der nun beginnende intensive Bergbau auf Uranerz erforderte viele Arbeitskräfte. Die Stadtverwaltung rechnete mit dem Zuzug von rund 1.000 Bergarbeitern und ordnete deshalb im Oktober 1947 eine weitere Wohnraumerfassung für Freital an. Ab der ersten Hälfte des Jahres 1948 erfolgte die Zuweisung von rund 3.000 Bergarbeitern nach Freital und Umgebung. Die Arbeiter mussten zunächst in Lagern oder in Privatquartieren untergebracht werden. Die frühere Turnhalle in Freital-Potschappel gestaltete man in ein Klubheim für die Bergarbeiter um. Das Gebäude erhielt nun den Namen „Paul-Gruner-Heim“ und die Turnerstraße wurde in Paul-Gruner-Straße (heute Reichardstraße) umbenannt. Für ihre Bauvorhaben warb die Wismut 1948 auch in Freital um Arbeiter. Sie garantierte ihren Arbeitern eine tarifmäßige Bezahlung im Rahmen der zuständigen Ortskasse, eine Schwerstarbeiter-Lebensmittelkarte, ein tägliches markenfreies warmes Mittagessen und für die Ehefrauen von verheirateten Arbeitern eine zusätzliche Lebensmittelkarte der Bedarfsstufe vier. Bereits im März 1949 waren die abbauwürdigen Erzkohlepartien im Unteren Revier Burgk gewonnen, so dass die Wismut ihre bergmännischen Aktivitäten in den Bereich der Heidenschanze in Dresden-Coschütz verlegte. Nach der Rückgabe des Bergbaureviers an das staatliche Steinkohlenwerk erfolgte noch bis 1953 die Gewinnung von Energiekohle.

Besonderes Augenmerk richtete die Stadtverwaltung auf den Wiederaufbau des vollständig demontierten Gusstahlwerks Döhlen, einem der Hauptarbeitgeber der Stadt vor der Demontage. In den amtlichen Bekanntmachungen der Stadt wurde die Freitaler Bevölkerung dazu aufgerufen, den Wiederaufbau durch Freiwilligeneinsätze zu unterstützen. Für den 19. September 1948 verpflichteten sich die Stadträte und Stadtverordneten selbst, in einer Sonntagsschicht beim Aufbau des Werkes mitzuwirken. Die 1.400 Angestellten der Stadtverwaltung erklärten sich



HO-Kaufhaus „Magnet“ in Freital-Potschappel, 1976
Städtische Sammlungen Freital

ebenfalls bereit, laufend beim Aufbau des Hüttenwerkes durch freiwillige Sonntagsschichten mitzuhelfen. Am 20. April 1949 konnten die ersten vier Fallhämmer in Betrieb genommen werden. Der erste Abstich am Siemens-Martin-Ofen erfolgte am 1. Juli 1949. In den folgenden Jahren entwickelte sich das Hüttenwerk unter dem Namen VEB Edeltahlwerk „8. Mai 1945“ durch fortwährende Erweiterung wieder zum Hauptarbeitgeber Freital's. Der Aufbau der Freitaler Wirtschaft wurde forciert durch meist politisch unterstützte Hochleistungsschichten einzelner Arbeiter oder Brigaden aus denen sich in der Folge eine breite „Aktivistenbewegung“ und der „sozialistische Wettbewerb“ zwischen einzelnen Kollektiven entwickelten.

Vor allem für die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs genehmigte die Sowjetische Militäradministration im Dezember 1945 die Gründung von Konsumgenossenschaften. Die Freitaler Konsumgenossenschaft wurde am 10. März 1946 gegründet. Die Eröffnung mehrerer Verkaufsstellen im Freitaler Stadtgebiet sollte eine möglichst flächendeckende Versorgung der Einwohner Freital's gewährleisten.

Nachdem am Ende des Jahres 1948 die Handelsorganisation (HO) mit Sitz in Potsdam gegründet wurde, eröffnete am 7. Januar 1949 auch in Freital die erste HO-Verkaufsstelle als „Freies Kaufhaus“ in der Dresdner Straße 52 in Potschappel. Parallel dazu richtete die HO mehrere Kartoffelverkaufsstellen im Stadtgebiet ein. Die Läden der HO waren neben den Geschäften der Konsumgenossenschaft die wichtigsten Verkaufseinrichtungen für Waren des täglichen Bedarfs.

Mit Auflösung der Länder und der Bildung der Bezirke in der DDR am 25. Juli 1952 trat auch eine Kreisreform in Kraft, die Freital als Kreisstadt des neugebildeten gleichnamigen Kreises auswies. Nach einer Erweiterung des Kreises am 4. Dezember 1952 bestand dieser bis 1994.

In die 1950er Jahre fiel auch die erste große Wohnungsbaumaßnahme nach dem Krieg. Mit einer baulichen Erweiterung der Siedlung am Raschelberg sollte vor allem der wachsenden Belegschaft des Freitaler Edeltahlwerks Rechnung getragen werden. Im Zeitraum von 1955 bis 1959 entstanden teilweise in Eigenleistung der Edeltahlwerker 36 Häuser mit rund 500 Wohnungen. Zwei weitere Wohngebiete wurden zu dieser Zeit in Hainsberg und auf dem Sauberg in Potschappel gebaut.

Tief im Gedächtnis der Freitaler Bevölkerung verwurzelt waren die Zerstörungen, die das Hochwasser 1897 verursacht hatte. Nachdem es bereits in den Jahren 1954 und 1957 zu kleineren Überschwemmungen im Freitaler Stadtgebiet gekommen war, ereignete sich im Jahr 1958 ein verheerendes Hochwasser. Am 5. und 6. Juli 1958 traten Weißeritz und Wiederitz infolge anhaltender starker Niederschläge über ihre Ufer und richteten große Schäden im Stadtgebiet an. Die Gleisanlagen des Potschappel Bahnhofes waren



Demonstration zum 1. Mai 1975
in Freital-Deuben
Städtische Sammlungen Freital

von der Porzellanfabrik bis an den Eisenhammer überflutet. Freital's Straßen verwandelten sich zu Flüssen. Besonders von Zerstörungen betroffen waren der VEB Rumbo Seifenwerk, der VEB Papierfabrik Hainsberg und der VEB Freitaler Lederfabrik. Das städtische Gaswerk und der VEB Welta-Kamera-Werke waren von den Wassermassen eingeschlossen. Beim ehemaligen Döhleener Wetterschacht (Dresdner Straße, Ecke Lutherstraße) hatte das Wasser die Verfüllmassen ausgespült und war in die Tiefbaue eingedrungen. Bei der Beseitigung der Hochwasserschäden halfen viele Bewohner Freital's durch Freiwilligeneinsätze an den Wochenenden und nach Feierabend mit. Das Restloch des eingestürzten Wetterschachts schüttete man mit Schlamm, Asche und anderem Material aus der Hochwasserbereinigung wieder zu. Ein bedeutendes Sportereignis für die Freitaler Region war die Austragung der 2. Weltmeisterschaft im Wildwasserrennsport und der 7. Weltmeisterschaft im Kanuslalom auf der Roten Weißeritz im Rabenauer Grund vom 22. bis 26. Juli 1961. Um den Athleten und den über 30.000 Besuchern die Anreise zum Veranstaltungsort zu ermöglichen, verlängerte man die städtische Straßenbahnlinie bis zum neuen Haltepunkt Hainsberg-Süd neben dem bestehenden Schmalspurbahnhof Coßmannsdorf und erbaute an diesem neuen Endpunkt eine neue Gleisschleife. Die Eröffnung dieses Straßenbahnabschnitts erfolgte am 19. Juli 1961 – drei Tage vor Beginn der Weltmeisterschaften. Insgesamt 13 Nationen beteiligten sich an den beiden Wettkämpfen. Um die Rote Weißeritz mit ausreichend Wasser für die Wettkämpfe zu versorgen, musste Wasser aus der Talsperre Malter abgelassen



Bau der Straßenbahngleisschleife in Hainsberg-Coßmannsdorf anlässlich der Kanuslalom-Weltmeisterschaft im Rabenauer Grund 1961
Städtische Sammlungen Freital, Archiv,
Foto: Siegfried Huth

werden. In den folgenden Jahren fanden noch mehrfach Bootswettkämpfe im Rabenauer Grund statt, so zum Beispiel 1975 die Kinder- und Jugendspartakiade der Kanuten oder 1980 ein Ranglistenwettkampf des DDR-Kanuverbandes im Kanuslalom.

Vor allem der Rückgang des Freitaler Bergbaus sorgte bereits ab Mitte der 1950er Jahre für ein Sinken der Einwohnerzahlen in Freital auf 35.805 zum Ende des Jahres 1963. Die Eingemeindung von Hainsberg mit den Ortsteilen Coßmannsdorf und Eckersdorf zum 1. Januar 1964 konnte diese Entwicklung stoppen. Im Mai des Jahres 1964 zählte Freital damit 43.500 Einwohner. Der größte Arbeitgeber war der VEB Edelstahlwerk „8. Mai 1945“ mit einer jährlichen Stahlproduktion von 200.000 Tonnen und mit über 4.500 Beschäftigten. In der Betriebsgröße folgten der VEB Glaswerk Freital, der VEB Pressenwerk Freital, der VEB Papierfabrik Hainsberg, der VEB Freitaler Lederfabrik und der VEB Sächsische Kammgarnspinnerei Coßmannsdorf. Die Stadtverwaltung registrierte zu

diesem Zeitpunkt noch 1.600 Wohnungssuchende in Freital. Zur Verbesserung der Wohnungssituation befanden sich sieben vierstöckige Wohnblöcke am Raschelberg mit insgesamt 256 Wohnungen im Bau. Es waren die ersten Gebäude Freital, die in Großplattenbauweise gebaut wurden. Weitere Wohngebäude mit 420 Wohneinheiten, neuer Kindertagesstätte, Verkaufsstelle und Garagen entstanden im Bereich Schachtstraße/Langer Rain. Auch das große Wohngebiet in Zauckerode befand sich 1962 schon in Planung, ebenso wie der Bau einer Umgehungsstraße am rechten Ufer der Weißeritz.

Weitere wichtige infrastrukturelle Baumaßnahmen erfolgten in den 1960er Jahren. Im Jahr 1962 baute man das ehemalige Rumbo-Seifenwerk zum „Haus der Dienste“ mit Wäscherei, Elektrowerkstatt und Tischlerei um. Ein neues Gerätehaus für die Freiwillige Feuerwehr Freital konnte am 1. Mai 1964 eingeweiht werden. Ergänzend zur neuen Wohnbebauung am Raschelberg erfolgte 1965 bis 1966 der Bau einer Oberschule. Die Einweihung der Polytechnischen Oberschule „Ernst Thälmann“ (heute Waldblick-Mittelschule) am Raschelberg fand am 1. Oktober 1966 statt. Auch in Hainsberg entstanden zu Beginn der 1960er Jahre neue Wohnblocks. Eine neue Kindertageseinrichtung für 170 Kinder wurde dort 1966 als Lehrbaustelle des VEB Bau Freital errichtet. Zahlreiche bauliche Veränderungen erforderte auch die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Dresden – Werdau in Freital. Eine der größten Baumaßnahmen in diesem Zusammenhang war von 1965 bis 1967 der Neubau der Brücke der Wilsdruffer Straße über die Eisenbahnstrecke. Seinen ersten Busbahnhof erhielt Freital 1967 in Freital-Deuben nach über einem Jahr Bauzeit.

Eine nochmalige Erweiterung erfuhr das Freitaler Stadtgebiet durch die Eingemeindungen von Saalhausen am 1. Januar 1973 und von Kleinnaundorf, Somsdorf, Weißig und Wurgwitz (mit Kohlsdorf und Niederhermsdorf) am 1. Januar 1974. Auch



Fertiggestellte Wohnblocks im Plattenbauwohngebiet in Freital-Zauckerode, 1976
Städtische Sammlungen Freital, Archiv,
Foto: Siegfried Huth



Umweltbelastung durch hohes Verkehrsaufkommen in Freital-Deuben, 1972

Städtische Sammlungen Freital, Archiv,
Foto: Siegfried Huth

die Wirtschaft der Stadt unterlag in den 1960er und 1970er Jahren spürbaren Veränderungen. Bereits seit 1959 fand auf der Freitaler Stadtflur kein Steinkohlenbergbau mehr statt. Die Einstellung der Energiekohlegewinnung auf der gesamten Lagerstätte im Jahr 1967 bedingte strukturelle wirtschaftliche Veränderungen für die Stadt. Die Betriebsanlagen des Steinkohlenwerks „Willi Agatz“ wurden 1968 von der SDAG Wismut übernommen, die noch bis 1989 Erzkohle zur Urangewinnung auf der Lagerstätte förderte. Das Zentrum des Uranbergbaus befand sich nun aber außerhalb des Freitaler Stadtgebietes in Dresden-Gittersee.

Zu Beginn der 1970er Jahre erwies sich die Schmalspurbahnstrecke von Freital nach Wilsdruff zunehmend als unrentabel. Der Zugverkehr wurde deshalb im Oktober 1972 stillgelegt. Am Morgen des 26. Mai 1974 erfolgte ebenfalls aus Rentabilitätsgründen die Einstellung des Straßenbahnbetriebs von Altplauen nach Freital. Den Personenverkehr übernahm der VEB Kraftverkehr Dresden mit dem Stadtbus der Linie A.

Das größte Wohnungsbauprojekt von Freital in der DDR-Zeit startete 1974 mit dem Beginn der Bauarbeiten an der Plattenbausiedlung in Freital-Zuckerode. Insgesamt 2.380 Wohneinheiten und eigenen Infrastruktureinrichtungen wie Kaufhalle, Ambulatorium, Polytechnischer Oberschule, Kindergarten und Garagen entstanden in Zuckerode vor allem für die Beschäftigten des Edelstahlwerks bis in die 1980er Jahre. Weitere Bauvorhaben konnten in den 1970er Jahren realisiert werden. Von Januar 1976 bis Juni 1978 erfolgte der Neubau einer Schwimmhalle in Freital-Hainsberg, der rund vier Millionen Mark kostete. Eine neue Polytechnische Oberschule des Bautyps „Dresden“ wurde in den Jahren 1979 und 1980 im Plattenbauverfahren in der Johannisstraße in Freital-Deuben errichtet. Eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung zahlreicher Baumaßnahmen spielten private Initiativen und

freiwillige Arbeitseinsätze. So entstanden zum Beispiel 1975 siebzehn Eigenheime oberhalb der Siedlung am Raschelberg. Eine moderne Kegelbahn im Stadion am Platz des Friedens konnte in den Jahren 1975/76 vor allem durch Freiwilligeneinsätze als VMI-Objekt⁵ der Freitaler Werktätigen erbaut werden. Im Ergebnis der zahlreichen Freiwilligeneinsätze erhielt Freital im Jahr 1976 für die Leistungen im Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“ als beste Stadt des Bezirkes Dresden die Auszeichnung mit dem Ehrenbanner der Aktion.

Die hochindustrialisierte Stadt Freital hatte schon seit dem 19. Jahrhundert unter erheblichen Umweltproblemen zu leiden. Im 20. Jahrhundert verstärkte sich diese Problematik vor allem durch den fortwährenden Ausbau des Edelstahlwerks ab den 1950er Jahren zusehends. Müllablagerungen der Industriebetriebe und der Anwohner sowie die ungeklärte Einleitung von Abwasser in die Bachläufe und die Weißeritz sorgten für Belastungen von Boden und Wasser. Die fehlende oder ungenügende Reinigung der Abgase der Freitaler Industriebetriebe und die Rauchgase der Haldenbrände vom Carolaschacht sorgten für eine erhebliche Luftschadstoffbelastung. Bei jedem Abstich an den Öfen des Edelstahlwerkes hingen die freiwerdenden Eisenoxidgase als rote Wolke über der Stadt. Das „Haus der Heimat“ widmete sich dieser Problematik bereits 1972 mit einer Sonderausstellung zum Umweltschutz.

Die Lebensqualität war in Freital bis in die 1980er Jahre gesunken. Abgesehen von den Umweltproblemen belasteten die Einwohner die permanente Wohnungsnot und die schlechte Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs. Als im Herbst 1989 Sonderzüge mit ausreisewilligen DDR-Bürgern durch Freital fuhren, waren sie Vorboten einer Phase tiefgreifender gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen im „Tal der Arbeit“.

5 VMI = Volkswirtschaftliche Masseninitiative.

Autor

Axel Rührich
Städtische Sammlungen Freital
Altburgk 61
01705 Freital
Axel.Ruethrich@freital.de